

Leserbriefe

Verbesserungen bei den Krippen sind nötig

az vom 26. 3.: Jetzt ergreift die CVP die Krippen-Initiative

Die Initiative führt aus der Pattsituation

Der Titel «Krippen-Initiative» erstaunt, geht es bei der Betreuunginitiative doch darum, wie alle Formen von bezahlter Betreuungsarbeit ausserhalb der Familie unterstützt und geregelt werden können. Darunter fallen unter anderem Mittagstisch, Tagesfamilien, Tagesstrukturen, Kindertagesstätten oder Spielgruppen. Wie viel und welche staatliche Unterstützung diese Betreuungsformen erhalten, soll nach wirtschaftlichen Kriterien bemessen, also nachfrage- oder eben bedarfsorientiert ausgerichtet und auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Erziehungsberechtigten abgestimmt werden. Im Grossen Rat führten die Beratungen zu keiner Lösung, da sich die gegensätzlichen Positionen neutralisierten. Die CVP-Initiative führt aus der Pattsituation und stärkt den Gemeinden den Rücken. Sie erhalten dadurch endlich ein Mittel, den Realitäten in der heutigen Gesellschaft Rechnung zu tragen. Jede Unterschrift bekräftigt den Willen, das Anliegen einer Lösung

zuzuführen, und unterstreicht den Wert von Erziehungsarbeit. Betreuung ist ein wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Erfolgsfaktor, sei sie in der Familie oder ergänzend ausserhalb. Familien brauchen jetzt eine Lösung!

SABINE SUTTER-SUTER, LENZBURG

Anstellungsbedingungen der Kitas sind unfair

Die CVP will mehr Krippenplätze, denn immer mehr Familien sind auf ein zweites Einkommen angewiesen. Was noch nie zur Diskussion stand, sind die unfairen Anstellungsbedingungen dieser Kitas. Wenn ein Mädchen einen Ausbildungsplatz als «Fachfrau Betreuung Kinder» sucht, muss es zuerst ein Praktikum in der Kita absolvieren. Dies dauert ein Jahr. Die Arbeitszeit beträgt 42 Stunden die Woche, der Lohn nach Abzug des Essens 400 Franken. Das macht sicher Spass, wenn das Monatsbillett für den Zug schon mal 172 Franken verschlingt. Erschwerend kommt dazu, dass die Kitas meistens zwei Praktikantinnen beschäftigen. Da aber nur ein

Lehrling eingestellt werden kann, steht das andere im Regen. Denn Bewerbungen enden immer gleich. Wenn eine re-tourniert wird, heisst es: Wir haben momentan keine Lehrstelle, könnten aber ein Praktikum anbieten. Es geht sogar so weit, dass eine Kita zwei Praktikantinnen für das Jahr 2015/16 sucht, aber für das Folgejahr gar keine Lehrstelle anbieten kann, weil nur zwei Lehrlinge erlaubt sind. Ist es gerecht, junge Mädchen so auszunützen? Es gibt Mädchen, die erhalten nach dem ersten Praktikum ein hervorragendes Zeugnis, machen ein zweites Praktikum und finden einfach keine Lehrstelle. Wenn man bedenkt, welche Verantwortung diese Mädchen tragen, ist es nicht nachvollziehbar, wie mit ihnen umgegangen wird. Ich habe schon der Aargauer Bildungsdirektion geschrieben. Wie immer lautet die Antwort: Problem bekannt, aber man kann nichts machen. Ist es denn nicht möglich, im Wahljahr 2015 Politiker zu finden, die bereit sind zu handeln, um auch jungen Menschen eine faire Behandlung zu ermöglichen?

DANIEL BÜHLMANN, NEUENHOF

Siehe auch ganzen Artikel der Aargauer Zeitung vom 26.03.2015 auf der folgenden Seite...

Jetzt ergreift die CVP die Krippen-Initiative

Krippenplätze Die unendliche Geschichte der Regelung der familienergänzenden Kinderbetreuung ist um ein Kapitel reicher: Die CVP startet eine Volksinitiative.

VON URS MOSER

Angekündigt war es schon länger, gestern ist nun an einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung der Entscheid definitiv gefallen: Die CVP Aargau lanciert eine kantonale Volksinitiative, um die Gemeinden zu verpflichten, für ihre Einwohner den Zugang zu einem ausreichenden Angebot an Krippenplätzen zu sichern.

Die Situation wird damit etwas unübersichtlich. Nach dem Nein zum Bildungskleeblatt von 2009 scheiterte eine Regelung der familienergänzenden Kinderbetreuung im Rahmen des Sozialhilfe- und Präventionsgesetzes im Parlament.

Längst eingereicht ist inzwischen eine Volksinitiative des Lehrerverbands, die für kommunale Betreuungsangebote verbindliche Vorgaben etwa bezüglich Qualitätsstandards durch den Kanton und auch eine kantonale Beteiligung an der Finanzierung verlangt.

Dieser Initiative wollte die Regierung ein schlankes Rahmengesetz als Gegenvorschlag gegenüberstellen. Es hätte die Gemeinden zwar ebenfalls verpflichtet, für ein «bedarfsgerechtes» Angebot zu sorgen, ihnen bei der konkreten Ausgestaltung aber weitestgehend freie Hand gelassen. Auch diesen

Vorschlag hat der Grosse Rat aber vergangenen November zur Überarbeitung zurückgewiesen: Er ist damit nicht endgültig vom Tisch, allerdings scheint schleierhaft, wo noch Spielraum für einen Kompromiss sein könnte. Hier setzt die nun lancierte CVP-Initiative an: Sie entspricht genau diesem zurückgewiesenen Gegenvorschlag, den man bis letzten November für den kleinsten gemeinsamen Nenner hielt, auf den man sich im Grossen Rat einigen könnte. Sollte sich das Parlament doch zu einer Lösung durchringen, würde auch die CVP-Initiative wieder hinfällig und könnte zurückgezogen werden.

Das Volk soll entscheiden

Grossrat Andre Rotzetter erklärte das Vorgehen vor den Delegierten damit, dass er nicht mehr daran glaube, dass der Grosse Rat fähig sei, eine Lösung zu finden. Darum solle jetzt das Volk entscheiden. Es gebe Situationen, wo ein berechtigtes und auch anerkanntes Anliegen im Parlament nicht weiterkomme, dazu sei das Initiativrecht da. Der Initiative des Lehrerverbands hingegen gibt er keine Chance. Sie würde zu einer Überregulierung führen, dagegen werde sich eine breite Front formieren.

Der Beschluss, eine eigene Initiative zu starten, wurde am Schluss zwar gegen lediglich zwei Gegenstimmen gefasst. Aus einer längeren Diskussion ging allerdings hervor, dass auch in den CVP-Reihen eine gewisse Skepsis herrscht, ob nicht schon die verlangte Regelung, die den Gemeinden einen grossen Spielraum lässt, dort nicht auf Widerstand stossen wird.